

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	19
Erster Teil: Die Zusammenführung von Bundeswehr und NVA und ihre Rahmenbedingungen	23
I. Bundeswehr und NVA – zwei Armeen in gegensätzlichen politischen Systemen.....	23
1. Die Schwierigkeit eines Vergleiches von Bundeswehr und NVA	23
2. Die Bundeswehr – Historische Entwicklung, Konzeption und gesellschaftliche Verankerung	24
a) Historische Entwicklung.....	24
b) Konzeption und rechtlicher Rahmen	25
3. Die Nationale Volksarmee – Historische Entwicklung, Konzeption und rechtlicher Rahmen	26
a) Historische Entwicklung bis 1989	26
b) Konzeption und rechtlicher Rahmen	27
c) Sozialistische Wehrpolitik und Prägung der Nationalen Volksarmee	28
d) Umstrukturierung und Militärreform vor dem 3.Oktober 1990	31
4. Konsequenzen für die Zusammenführung beider Armeen.....	33
II. Der politische und völkerrechtliche Rahmen für das Entstehen einer deutschen Armee.....	34
1. Die Ausgangssituation: Zwei deutsche Staaten und ihre rechtliche Beurteilung	35
2. Die Erlangung voller staatlicher Souveränität durch das vereinte Deutschland.....	36
a) Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990	36
aa) Grenzfestlegung.....	36

bb)	Gewaltverzicht.....	37
cc)	Waffenverzicht	37
dd)	Insbesondere: Die Festlegung einer Gesamtobergrenze für künftige deutsche Truppen	37
ee)	Die Stationierung sowjetischer Truppen im Beitrittsgebiet und damit zusammenhängende Fragen.....	38
ff)	Insbesondere: Die Frage der Bündniszugehörigkeit....	38
b)	Die Erklärung der Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und Verantwortlichkeiten vom 1. Oktober 1990	39
c)	Weitere völkerrechtliche Vereinbarungen	40
III.	Der Einigungsvertrag als zentrales Gestaltungsmittel zur Zusammenführung von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee	40
1.	Das Recht als Mittel der Vergangenheitsbewältigung.....	41
2.	Maßgebliche Vorschriften des Einigungsvertrages	42
IV.	Die Integration der Streitkräfte der Nationalen Volksarmee	45
1.	Wehrpflichtige.....	45
2.	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit.....	46
a)	Besonderes und ruhendes Dienstverhältnis	47
aa)	Die Weiterverwender.....	48
aaa)	Der vorläufige Dienstgrad	48
bbb)	Besoldung und Heilfürsorge.....	49
ccc)	Die Entlassung.....	50
ddd)	Rechtsschutz	50
eee)	Die Versorgung	52
bb)	Der Soldat im Wartestand – das ruhende Dienstverhältnis	52
b)	Der Soldat auf Zeit für zwei Jahre: Das Probiedienstverhältnis	53
aa)	Die Berufung	53
bb)	Verleihung eines Dienstgrades	54
cc)	Besoldung und Heilfürsorge.....	54
dd)	Das Ende des Dienstverhältnisses	55
ee)	Versorgung	55
c)	Dienstzeitverlängerung und Übernahme als Berufssoldat.....	55
aa)	Der Ausschuß Eignungsprüfung.....	56
aaa)	Das historische Vorbild: Der Personalgutachterauschuß.....	56

bbb)	Die differierende Ausgangssituation des Ausschusses Eignungsprüfung	57
ccc)	Zusammensetzung und Befugnisse des Ausschusses Eignungsprüfung	57
bb)	Besoldung und Versorgung	58
3.	Die ehemaligen Grenzsoldaten.....	58
4.	Weibliche Soldaten der Nationalen Volksarmee.....	59
5.	Einstige Angehörige der Nationalen Volksarmee als Bundeswehr-Reservisten	60
a)	Der Reservistenstatus der NVA	60
b)	Wehrpflicht für NVA-Angehörige.....	61
c)	Der Status als Bundeswehrreservist.....	62
6.	Bewertung des Normenkomplexes.....	62
V.	Die Behandlung der zivilen Beschäftigten der Nationalen Volksarmee nach dem Einigungsvertrag	63
VI.	Die Zusammenführung beider Armeen in der Statistik	64
1.	Die Statistik	64
2.	Bewertung	67
VII.	Das Material der Nationalen Volksarmee	68
1.	Waffenbestände und anderes Gerät	68
a)	Umfang	68
b)	Zu berücksichtigende Rechtsvorschriften.....	70
c)	Stand der Verwertung	71
2.	Liegenschaften	72
a)	Die Zuordnung der Liegenschaften	72
b)	Im Überblick: Rechtliche Aspekte der Konversionsproblematik	73
c)	Die Altlastenproblematik	74
d)	Zusammenfassung	75
VIII.	Die Reorganisation der militärischen Strukturen in den fünf neuen Bundesländern	75
Zweiter Teil: Paradigmatische Einzelprobleme bei der Zusammenführung von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee		77
I.	Die Warteschleifen-Regelung	77

I.	1. Bedenken gegen die Warteschleifen-Regelung vor BVerfG 84, 131 ff.	78
	a) Verstoß gegen Art.12 Abs.1 GG.....	78
	b) Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG.....	78
	c) Weitere Bedenken.....	78
	2. Das Urteil des BVerfG (BVerfGE 84, 131 ff.).....	79
	a) Vereinbarkeit mit Art.12 Abs.1 GG.....	79
	aa) Schutzbereich	79
	bb) Eingriffsrechtfertigung	80
	cc) Verhältnismäßigkeit	80
	b) Vereinbarkeit mit Art.14 Abs.1 GG.....	80
	c) Vereinbarkeit mit Art.3 Abs.1 GG.....	81
	d) Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgebot	81
	3. Das Echo auf BVerfGE 84, 131 ff.	82
	4. Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit und die Berufsfreiheit.....	82
	a) Der Beruf des Soldaten	82
	b) Soldaten und Art.33 GG	84
	5. Das Warteschleifen-Urteil und die Wartestandssoldaten	85
	a) Einstige NVA-Soldaten und der Schutzbereich des Art.12 Abs.1 GG	85
	b) Eingriff	86
	c) Rechtfertigung des Eingriffs.....	86
II.	Die Problematik der Stasi-Unterlagen bei der Übernahme ehemaliger NVA-Soldaten	87
	1. Problemfälle bei der Übernahme ehemaliger NVA-Soldaten	88
	a) Die Berücksichtigung bei der Ernennung.....	88
	b) Die Entlassungsgründe des Einigungsvertrages	90
	aa) Die Zulässigkeit von Fragen des Dienstherren nach einer Tätigkeit für das MfS.....	91
	bb) Der Begriff "Tätigkeit für das MfS"	92
	c) Entlassung nach § 46 Abs.2 Nr.2 SG wegen arglistiger Täuschung.....	93
	aa) Der Begriff der arglistigen Täuschung in § 46 Abs.2 Nr.2 SG.....	94
	bb) Weitere Voraussetzungen für eine Entlassung nach § 46 Abs.2 SG	94
	aaa) Anhörungspflicht gem. § 47 Abs.2 SG	94
	bbb) Fristeinhaltung.....	95

cc)	Die Härteklausel des § 46 Abs.2 Nr.2 SG als Ausnahme	95
d)	Das Verhältnis der Entlassungsvorschriften des Einigungsvertrages und von § 46 Abs.2 SG zueinander.....	95
2.	Die Stasi-Unterlagen und ihr Beweiswert	96
a)	Das StUG	96
aa)	Im Überblick: Die Entstehung des StUG.....	96
bb)	Im Überblick: Wichtige Regelungen des StUG.....	96
b)	Der Beweiswert der Stasi-Unterlagen.....	97
aa)	Zuverlässigkeit aus quellenkritisch-historischer Sicht .	98
bb)	Die strafrechtliche Verwertung	98
cc)	Der Beweiswert im arbeitsgerichtlichen Prozeß.....	99
aaa)	Einordnungen der Unterlagen als Beweismittel und Einführung in den Prozeß.....	99
bbb)	Einordnung des Bundesbeauftragten und seiner Mitarbeiter im Arbeitsgerichtsprozeß	100
dd)	Schlußfolgerungen.....	100
3.	Die Entlassung nach § 46 Abs.2 Nr.2 SG in der verwaltungsgerechtlichen Rechtsprechung	101
4.	Die parallele Problematik bei der Übernahme von Bewerbern in den Beamtendienst	102
5.	Bewertung des Problemkomplexes	103
III.	Die ehemaligen Soldaten der NVA und das sog. "Rentenstrafrecht" .	104
1.	Die unterschiedlichen Rentenversicherungssysteme in der BRD und der DDR	104
a)	Im Überblick: Bundesrepublik Deutschland.....	105
b)	Im Überblick: DDR	105
2.	Die Rechtslage im wiedervereinigten Deutschland	107
a)	Vorgaben nach dem Staatsvertrag und dem Einigungsvertrag	107
b)	Weitere rechtliche Ausformungen der Rentenüberleitung.....	109
c)	Aktuelle Tendenzen zur Modifizierung der Rentenüberleitung	111
aa)	Die Rechtsprechung.....	112
bb)	Parlamentarische Reformbestrebungen	112
3.	Verfassungsrechtliche Bedenken gegen Regelungen zur Rentenüberleitung.....	114
a)	Verstoß gegen den Grundsatz "nulla poena sine culpa"	114
aa)	Der Inhalt des Grundsatzes "nulla poena sine culpa" ...	115
aaa)	Rentenkürzungen als Strafe: Argumente	115

bbb) Rentenkürzungen als Strafe: Stellungnahme	116
bb) Ergebnis.....	117
b) Verstoß gegen die Wertneutralität des Rentenrechts	117
c) Verstoß gegen Art.14 Abs.1 GG.....	119
aa) Eröffnung der Schutzbereiches.....	119
aaa) Ansprüche und Anwartschaften aus dem Sonderversorgungssystem der NVA als anerkennungsfähige Eigentumspositionen.....	119
bbb) Erstreckung des Geltungsbereiches von Art.14 Abs.1 GG auf die Soldaten der NVA.....	122
bb) Die Regelungen des AAÜG als Inhaltsbestimmung gemäß Art.14 Abs.1 S.2 GG.....	123
aaa) Verhältnismäßigkeit der Inhalts- und Schrankenbestimmungen	123
bbb) Ein weiterer Aspekt des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes: Verstoß gegen den Grundsatz des Vertrauenschutzes	125
(1) Der Vertrauenschutz in der Rechtsordnung des Grundgesetzes	127
(2) Stellungnahme	128
ccc) Ergebnis zur Verhältnismäßigkeit der Inhalts- und Schrankenbestimmungen.....	129
cc) Ergebnis.....	129
d) Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG.....	130
aa) Art.3 Abs.1 GG und sozialversicherungsrechtliche Positionen im Spiegel von Literatur und Rechtsprechung	130
bb) Verfassungsmäßigkeit von § 6 Abs.1 AAÜG.....	132
cc) Verfassungsmäßigkeit von § 6 Abs.2 AAÜG.....	133
dd) Verfassungsmäßigkeit von § 10 Abs.1 S.1 Nr.1 AAÜG	136
ee) Ergebnis.....	137
Schlußbetrachtung	139
Literaturverzeichnis	143